



RICHTLINIENVORSCHLÄGE

FÜR MEHR DURCHLÄSSIGKEIT DER DUALEN AUSBILDUNG IM ALPENRAUM

● ARBEITSPAKET

T3 – Horizontale und vertikale Durchlässigkeit der dualen Ausbildung

● STATUS

Finales Dokument

● AUSGABE

O.T3.1

● LIEFERTERMIN

Mai 2021

● VERTEILUNGSEBENE

Öffentlich

● KOORDINATION

Technische Hochschule Rosenheim

● AUTOREN

Österreich/Niederösterreich	Julia Pintsuk-Christof New Design University Privatuniversität GesmbH
Österreich/Vorarlberg	Aurelia Ullrich-Schneider Regionalentwicklung Vorarlberg eGen Markus Gamon Telesis GmbH im Auftrag der Regionalentwicklung Vorarlberg eGen
Frankreich/Auvergne-Rhône-Alpes	Luc Fleuret Regionale Handwerkskammer Auvergne-Rhône-Alpes
Deutschland/Bayern	Franziska Peklo Technische Hochschule Rosenheim Adriana Bär Handwerkskammer für München und Oberbayern
Italien/Südtirol	Hannelore Schwabl Wirtschaftsverband für Handwerker und Dienstleister
Italien/Trento	Francesco Pisanu Autonome Provinz Trient Paola Menapace Autonome Provinz Trient
Slowenien	Ana Dragičević Handwerks- und Gewerbeakammer Sloweniens Mitja Korunovski Handwerks- und Gewerbeakammer Sloweniens
Schweiz	Daniel Schmid Schule für Gestaltung und Hochschule für Kunst Wallis

● BILD

Foto von Alin Andersen auf Unsplash

INHALTE

1 EINLEITUNG	4
2 ZUSAMMENFASSUNG	5
3 NATIONALE RICHTLINIENVORSCHLÄGE	6
3.1 ÖSTERREICH/NIEDERÖSTERREICH	6
3.1.1 VERBESSERTE SICHTBARKEIT DES WERTS DER DUALEN AUSBILDUNG	6
3.1.2 AUSBAU DER DUALEN BERUFS- UND WEITERBILDUNGSFORMATE FÜR ERWACHSENE	7
3.1.3 MEHR AUTONOMIE FÜR AUSBILDUNGSBETRIEBE	7
3.2 ÖSTERREICH/ VORARLBERG	8
3.2.1 GANZHEITLICH ÜBER DUALE BILDUNG UND BILDUNGSWEGE INFORMIEREN	8
3.2.2 EINE GEMEINSAME SCHULFORM DER 10-14JÄHRIGEN IM BILDUNGSSYSTEM EINFÜHREN	8
3.2.3 KOMPETENZEN BEI ANRECHNUNG VON ERBRACHTEN LEISTUNGEN BESSER BERÜCKSICHTIGEN	9
3.3 FRANKREICH/AUVERGNE-RHÔNE-ALPES.....	9
3.3.1 EINBEZIEHUNG VON FAMILIEN IN ORIENTIERUNGSENTSCHEIDUNGEN	9
3.4 DEUTSCHLAND/BAYERN	11
3.4.1 OBLIGATORISCHE ELTERNABENDE	11
3.4.2 SOZIALPÄDAGOGEN ZUR BEGABUNGSFÖRDERUNG AN BERUFLICHEN SCHULEN	11
3.4.3 INFORMATIONEN UND VORBEREITUNGSKURSE ZUM WECHSEL ZWISCHEN DEN WEITERFÜHRENDEN SCHULTYPEN	12
3.4.4 SPEZIELLE BERATUNG BEI DER AUSWAHL DER WEITERFÜHRENDEN SCHULE UND BEGLEITENDE LERNUNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE	13
3.5 ITALIEN/SÜDTIROL.....	14
3.5.1 MATURA NACH DER BERUFS- UND WEITERBILDUNG	14
3.5.2 DAS HANDWERK DER ZUKUNFT	14
3.6 ITALIEN/TRENTINO	15
3.6.1 FORMELLE UND INFORMELLE STRATEGIEN ZUR VERBESSERUNG DER DURCHLÄSSIGKEIT INNERHALB DES BILDUNGSSYSTEMS	15
3.6.2 VERÄNDERUNGSLABOR FÜR MEHR DURCHLÄSSIGKEIT	17
3.7 SLOWENIEN	18
3.7.1 FAIRE BEWERBUNG	18
3.7.2 BESSERER INFORMATIONSFLUSS	19
3.7.3 EINE GETEILTE FINANZIERUNG.	19
3.8 SCHWEIZ	20
3.8.1 FÖRDERUNG LOKALER INFORMATIONSPLATTFORMEN	20
3.8.2 SCHAFFUNG VON MEHR MÖGLICHKEITEN FÜR PRAKTIKA DURCH JOINT VENTURES	20
3.8.3 ANGEMESSENE REAKTION AUF MARKTVERÄNDERUNGEN IN DER HOCHSCHULBILDUNG	21
4 INTERNATIONALE RICHTLINIENVORSCHLÄGE	22
4.1 KOOPERATIONEN MIT NACHBARLÄNDERN IM AUSBILDUNGSSYSTEM AUSBAUEN UND FÖRDERN	22
4.2 INTERAKTIVE TOOLBOX ZUR ENTWICKLUNG EUROPÄISCHER BILDUNGSWEGE.....	22
5 REFERENZEN	24

1 EINLEITUNG

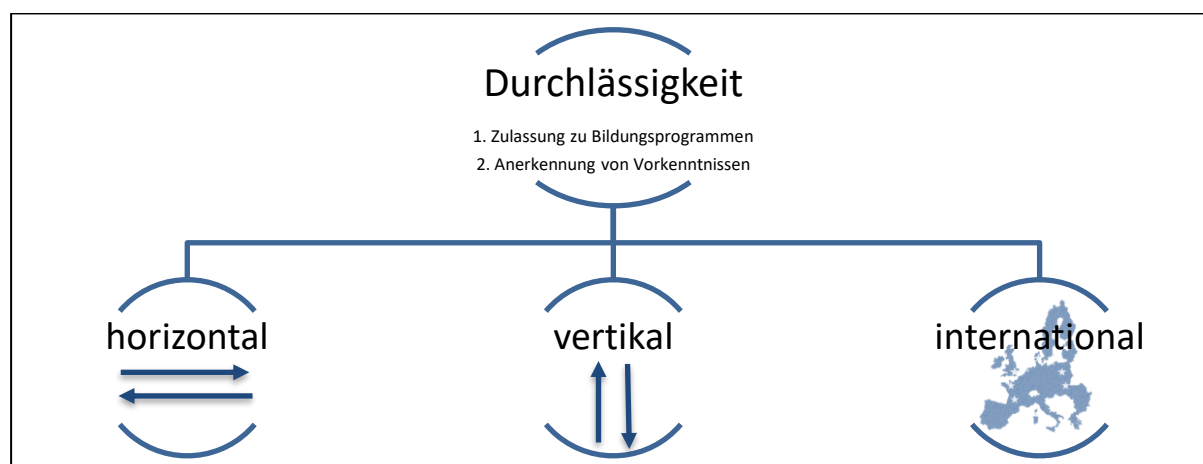
Politische Entscheidungsträger*innen und Interessengruppen auf nationaler und EU-weiter Ebene haben die wichtige Rolle der dualen Berufsausbildung bei der Gewährleistung eines reibungslosen Übergangs ins Berufsleben und bei der Förderung von Unternehmertum und Innovation erkannt. Allerdings befinden sich die Länder im Alpenraum in sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen. Selbst alt-eingesessene duale Ausbildungssysteme stehen vor Herausforderungen wie der Gewinnung von Arbeitgebern, der Einbeziehung von Randgruppen, dem demografischen Wandel und der Transformation der Arbeit durch die zunehmende Digitalisierung.

Das „traditionelle“ Konzept der Lehrlingsausbildung war ursprünglich als eine Art systemische „Einbahnstraße“ konzipiert, deren einziges und alleiniges Ziel darin bestand, eine berufliche Qualifikation für Lehrlinge und den unmittelbaren Übergang in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Durch den Bologna-Prozess hat die Durchlässigkeit eine größere Aufmerksamkeit in der Bildungsgesellschaft erhalten, weshalb sich seither viel verändert hat. Allerdings gibt es für die Bildungssysteme aller Alpenländer im Hinblick auf die Durchlässigkeit weiterhin landesspezifische Herausforderungen. Diese nationalen und transnationalen Bedürfnisse wurden in regionalen Workshops gemeinsam mit Interessengruppen der Berufsbildung erarbeitet. Auf diese Weise ist ein

Wissenstransfer direkt aus der Praxis gewährleistet. Die folgenden Richtlinienvorschläge sollen daher einen Überblick über die Bedürfnisse der Praktiker nach richtliniengetriebene Veränderungen im Bildungssystem im Hinblick auf eine bessere Durchlässigkeit geben.

Die Durchlässigkeit kann in zweierlei Hinsicht verstanden werden – zum einen in Bezug auf die Zulassung zu Bildungsgängen: Kann sich ein Absolvent eines dualen Studiengangs ohne formale Hochschulzugangsberechtigung an einer Hochschule einschreiben? Zum anderen im Hinblick auf die Anerkennung von Kenntnissen und Kompetenzen, die in der bisherigen Ausbildung/ Berufspraxis erworben wurden: Kann sich ein Absolvent einer dualen Ausbildung Vorkenntnisse (z. B. im Rechnungswesen) in einem Hochschullehrgang anrechnen lassen und damit die Dauer des Lehrgangs verkürzen?

Das Konzept der Durchlässigkeit ist in drei Facetten unterteilt: vertikal, horizontal und international. Gibt es Möglichkeiten, zwischen Berufsbildung und Hochschule zu wechseln (horizontale Durchlässigkeit)? Bietet das Bildungssystem die Möglichkeit, zwischen den Bildungsstufen in beide Richtungen zu wechseln (vertikale Durchlässigkeit)? Und bieten die Bildungssysteme der verschiedenen Länder die Möglichkeit, zwischen den Ländern selbst zu wechseln (internationale Durchlässigkeit)?



2 ZUSAMMENFASSUNG

Durchlässigkeit ist heute ein sehr wichtiges Merkmal für ein erfolgreiches Bildungssystem. Die Bedeutung von Bildung für die Fähigkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können, nimmt weiter zu. Die Bildungswege werden länger und die individuelle Bildungsgeschichte komplexer. Die Durchlässigkeit zwischen Bildungseinrichtungen muss daher gewährleistet sein. Aber nicht nur institutionelle Umstände können zu einer unzureichenden Durchlässigkeit führen, sondern auch Begleitumstände wie die Finanzierung oder die Informationslage. Gerade in der Praxis werden oft Hindernisse für die Durchlässigkeit zwischen den Bildungseinrichtungen deutlich. Daher ist der Transfer von Praxiserfahrungen an politische Entscheidungsträger von unschätzbarem Wert, um die Durchlässigkeit eines Bildungssystems ständig zu verbessern.

Dieses Dokument enthält konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Durchlässigkeit der Bildungssysteme in den verschiedenen Alpenregionen. Die Vorschläge wurden in Workshops mit Interessengruppen der dualen Ausbildung direkt in den Regionen entwickelt. Um ein möglichst breites Meinungsbild zu erhalten und fundierte Vorschläge entwickeln zu können, waren an den Workshops unter anderem Personen aus den verschiedenen Berufsschulen, den Kammern, den Arbeitsagenturen und der Regionalentwicklung beteiligt.

Obwohl die Bildungssysteme der Regionen sehr unterschiedlich sind, betreffen die erarbeiteten Richtlinienvorschläge sowohl sehr unterschiedliche Themen als auch Themen, die in mehreren Regionen relevant sind. Ein wichtiges Thema, das fast alle Regionen betrifft, ist die Informationslage im Hinblick auf die Durchlässigkeit der Bildungssysteme, insbesondere in Bezug auf die duale Ausbildung. Daher werden Maßnahmen zur besseren und früheren Einbindung und Information der Eltern sowie

zentrale Online-Orientierungsplattformen vorgeschlagen.

Spezifische Themen, die in einzelnen Regionen besonders relevant sind, beziehen sich z. B. auf die Finanzierung der dualen Ausbildung, das Image und den Wert der dualen Ausbildung, die Übergangsmöglichkeiten zwischen speziellen Bildungseinrichtungen oder die gezielte Förderung von Talenten.

Die Projektpartner und alle beteiligten Interessengruppen im Bereich der dualen Ausbildung in den Regionen, die an den Workshops teilgenommen haben, möchten mit diesen Vorschlägen dazu beitragen, die Durchlässigkeit der Bildungssysteme im Alpenraum zu verbessern.

Dieses Dokument ist auch in Englisch, Französisch, Italienisch und Slowenisch verfügbar.

Weitere Informationen über die Bildungssysteme im Alpenraum sowie den Stand der Durchlässigkeit in den jeweiligen Regionen finden Sie in der Studie zur Durchlässigkeit in der dualen Berufsausbildung.¹

¹ <https://www.alpine-space.eu/projects/dualplus/pdfs/results/report-permeability.pdf>

3 NATIONALE RICHTLINIEN VOR- SCHLÄGE

Wie bereits erwähnt, befinden sich die Bildungssysteme der Alpenländer an unterschiedlichen Ausgangspunkten. Dementsprechend gibt es auch unterschiedliche Anliegen für die Politik in den verschiedenen Regionen. Daher werden im Folgenden Richtlinienvorschläge für die einzelnen Regionen vorgestellt. Da in einigen Ländern mehr als ein Partner an dem Projekt beteiligt ist, werden für diese Länder Richtlinienvorschläge für mehrere Regionen aufgeführt.

3.1 ÖSTERREICH/NIEDERÖSTERREICH

3.1.1 VERBESSERTE SICHTBARKEIT DES WERTS DER DUALEN AUSBILDUNG

Ein zentrales Thema, das während der empirischen Datenerhebung im Rahmen des DuALPlus-Projekts immer wieder auftauchte, ist das geringe öffentliche Image der dualen Ausbildung und der Ausbildung im Allgemeinen, insbesondere im Hinblick auf praktische Fähigkeiten. So ist eine zunehmende Akademisierung zu beobachten, indirekt unterstützt von Lehrer*Innen und Eltern, die die Jugendlichen ermutigen, eine höhere Bildung anzustreben. Der dritte Bildungsweg bzw. ein Universitätsabschluss gilt als Garant für einen sicheren und gut bezahlten Arbeitsplatz sowie vielfältige Karrieremöglichkeiten. Außerdem leiden bestimmte Berufe bzw. Branchen an einem geringen Ansehen der Öffentlichkeit. Vor allem Jugendliche sind sich der verschiedenen Berufe sowie der Übergangsmöglichkeiten nach einem Lehrabschluss nicht bewusst.

WIE KANN DER WERT DER DUALEN AUSBILDUNG IN ÖSTERREICH SICHTBARER GEMACHT WERDEN?

Nationale und regionale Kammern (z. B. Wirtschaftskammern, Arbeiterkammern) sowie Innungen (politische Ebene), KMU und (Berufs-)Schulen (Aus- und Weiterbildung) sowie (soziale) Medien müssen an einem Strang ziehen, um die Attraktivität der dualen Ausbildung zu steigern und das Bewusstsein für ihren Wert zu erhöhen. Eine stärkere öffentliche Bewerbung der dualen Ausbildung sowie von Bildungswegen und Durchlässigkeit (z. B. „Lehre mit Abitur“, Zulassung zu bestimmten Hochschulen) könnte durch gezielte Informations- und Beratungsangebote sowie durch Vorträge und Präsentationen über Berufe sowie Erfahrungsberichte realisiert werden. Solche Dienste könnten z. B. von lokalen Kammern, Gemeinden, Schulen und Unternehmen über Social-Media-Seiten, Newsletter, Zeitungen, Poster oder Flyer (stärker) beworben werden.

So sind z. B. Orientierungstage in Schulen, Tage der offenen Tür in KMU, Bildungs- und Ausbildungsmessen, Praktika und öffentliche Lehrlingswettbewerbe bereits bestehende Strategien, die weiter verbreitet werden sollten. Darüber hinaus könnten Unternehmen stärker ermutigt werden, Schüler*innen Studierenden einzuladen, um mehr über praktische Berufe herauszufinden und verschiedene Techniken auszuprobieren. Lokale Wirtschaftskammern und Innungen könnten entsprechende Maßnahmen und deren Nutzen für KMU (z. B. Bekanntmachung von Beruf und Betrieb, Rekrutierung von zukünftigen Lehrlingen bzw. Mitarbeitern) über Konferenzen/Tagungen, regelmäßig erscheinende Newsletter oder Social-Media-Seiten bewerben.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Wie Untersuchungen in den Partnerregionen gezeigt haben, scheint das geringe öffentliche Image der dualen Ausbildung ein zentrales Thema im gesamten Alpenraum zu sein. Eine stärkere öffentliche Förderung sowie Bewusstseinsbildung sollte daher in jeder Partnerregion ein zentrales Ziel sein. Daher müssen die jeweiligen Hauptakteure bzw. Interessengruppen in den Regionen berücksichtigt und einbezogen werden.

3.1.2 AUSBAU DER DUALEN BERUFS- UND WEITERBILDUNGSFORMATE FÜR ERWACHSENE

Das österreichische duale Ausbildungssystem ist auf Jugendliche ausgerichtet. Die KMU-Vertreter erwähnten, dass ihre Auszubildenden hauptsächlich männlich und zwischen 14 und 25 Jahren alt, aber überwiegend Teenager sind. Die meisten von ihnen haben die zweite oder dritte Schulstufe als höchste Ausbildungsstufe abgeschlossen. Gleichzeitig sind junge Erwachsene (Bewerber über dem Teenageralter) sowie Auszubildende mit Hochschulreife (Abitur) die begehrtesten Zielgruppen der KMU. Das liegt daran, dass von diesen Gruppen erwartet wird, dass sie reifer, verantwortungsbewusster, ehrgeiziger und lernbereiter sind als Jugendliche und über ein umfassendes Grundwissen verfügen.

WIE SOLLEN DIE DUALEN BERUFS- UND WEITERBILDUNGSFORMATE FÜR ERWACHSENE IN ÖSTERREICH VERBESSERT WERDEN?

Duale Berufsausbildungs- und Weiterbildungsformate für Erwachsene sollten sich stärker an (junge) Erwachsene sowie an Personen mit Hochschulabschluss richten. Bislang richten sich die meisten Bildungsangebote neben der klassischen dualen Ausbildung an Personen mit einschlägiger Berufspraxis oder an Arbeitslose mit höchstens einem zweitem Bildungsabschluss. Für Erwachsene mit höherem Bildungsabschluss gibt es kaum Angebote, einen Beruf auf dem zweiten Bildungsweg zu erlernen.

KMU sollten nachdrücklich dazu ermutigt und finanziell unterstützt werden, Erwachsene unabhängig

von ihrem Bildungshintergrund auszubilden. Nach Erhalt des außerordentlichen Ausbildungszeugnisses könnten die Auszubildenden als reguläre Mitarbeitenden eingestellt werden. Darüber hinaus sollten lokale Angebote, die sich an Erwachsene mit Berufserfahrung richten, stärker beworben und verbreitet werden, z. B. durch lokale Kammern, Gemeinden sowie Bildungseinrichtungen über Social-Media-Seiten, Newsletter, Zeitungen, Plakate oder Flyer. Das Projekt „Du kannst was!“ richtet sich an Erwachsene ab 22 Jahren mit einer gewissen Berufserfahrung ohne Lehrabschluss. Eine weitere Zielgruppe sind Migrant*innen mit einer ausländischer Ausbildung, die in Österreich nicht vertreten ist.

Darüber hinaus sollten die Lehrpläne der Berufsschulen in Zusammenarbeit mit den Innungen überarbeitet werden, um den Bedürfnissen der Ausbildungsbetriebe sowie des Arbeitsmarktes im Allgemeinen besser gerecht zu werden.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Partnerregionen, in denen Erwachsene mit Berufserfahrung und/oder Hochschulbildung die gewünschten Zielgruppen von KMUs sind, könnten sich von bestehenden Best-Practice-Beispielen inspirieren lassen. Bei der Entwicklung und Umsetzung von dualen Ausbildungsformaten für Erwachsene müssen bestimmte Hauptakteure bzw. Interessengruppen in den Regionen berücksichtigt und einbezogen werden.

3.1.3 MEHR AUTONOMIE FÜR AUSBILDUNGSBETRIEBE

In Österreich ist die duale Ausbildung an eine bestimmte Region gebunden. So müssen Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen in der gleichen Region, z. B. in Niederösterreich, angesiedelt sein, unabhängig von der Entfernung zum Wohnort der Auszubildenden oder der Qualität der Schule.

WIE SOLLTE DIE AUTONOMIE VON AUSBILDUNGSBETRIEBEN IN ÖSTERREICH GESTÄRKT WERDEN?

Die Wahl einer bestimmten Berufsschule sollte sich sowohl an den Bedürfnissen des Ausbildungsbetriebes (z. B. hinsichtlich bestimmter Kompetenzen) als auch an den Bedürfnissen der Auszubildenden (z. B. hinsichtlich des Wohnortes und des Arbeitsplatzes) orientieren. Daher wären neue Regelungen auf nationaler und regionaler Ebene sowie eine intensive Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen KMU und Berufsschulen (z. B. hinsichtlich der Lehrpläne) unerlässlich.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Es müsste geprüft werden, ob die regionale Abgrenzung von Schule und Betrieb auch in anderen Partnerregionen ein Problem darstellt.

Frühere Untersuchungen im Rahmen des DuALPlus-Projekts schlagen ein besseres Gleichgewicht zwischen der Regulierung der dualen Ausbildung und der Autonomie im Allgemeinen vor, z. B. explizite Regelungen des Verfahrens der Entwicklung individueller Ausbildungspläne sowie der abschließenden Beurteilung der Auszubildenden, aber gleichzeitig genügend Autonomie, um die Bedürfnisse der KMUs, der Berufsschulen und der Auszubildenden zu erfüllen.

3.2 ÖSTERREICH/ VORARLBERG

3.2.1 GANZHEITLICH ÜBER DUALE BILDUNG UND BILDUNGSWEGE INFORMIEREN

In Vorarlberg sind die Bildungswege unzureichend sichtbar und die Eltern werden oft zu spät und nicht ganzheitlich informiert. Beispielsweise wissen Eltern zu wenig über die Durchlässigkeit des Bildungssystems. Der Druck, sich früh für einen Weg entscheiden zu müssen, soll herausgenommen werden. Je früher und je mehr Wissen Eltern haben,

umso leichter können sie gute Entscheidungen für den schulischen Weg ihres Kindes treffen.

WIE SOLLEN ELTERN ÜBER DUALE BERUFS- UND WEITERBILDUNGSWEGE IN VORARLBERG INFORMIERT WERDEN?

Eltern werden bereits in der Volksschule (Primarschule) systematisch und rechtzeitig über die verschiedenen Ausbildungswege informiert, die nach dem Ende der Volks- und Pflichtschulzeit (4., 8., bzw. 9. Schulstufe) möglich sind. Dies führt zu mehr Transparenz und Durchblick und Familien können die Ausbildung der Kinder kontinuierlich und systematisch planen.

In der Volksschule werden dazu verpflichtende Informationsveranstaltungen für die Eltern und Lehrer*innen durchgeführt. In diesen erhalten Eltern einheitliche, übersichtliche und transparente Informationen. Insbesondere wird die Infoplattform des Ministeriums (www.bildungssystem.at) erklärt und bekannt gemacht und über die Schul-Websites verlinkt.

Die Maßnahme sollte auf Bundes- und Landesebene erfolgen.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Auf der jeweiligen Bundes- und Landesebene wird überprüft, ob und wie verpflichtende Informationsveranstaltungen (wie z.B. Elternabende) im jeweiligen Bildungssystem umgesetzt werden können.

3.2.2 EINE GEMEINSAME SCHULFORM DER 10-14JÄHRIGEN IM BILDUNGSSYSTEM EINFÜHREN

In den meisten Regionen Vorarlbergs stehen bereits in der Volksschule Eltern unter Druck, um die Kinder von der Volksschule direkt in Richtung Gymnasium zu lenken. Der Weg über die Mittelschule wird versucht zu umgehen. Die Bedürfnisse und Talente und Potentiale der Kinder werden dabei nicht ausreichend berücksichtigt.

WAS KANN IM VORARLBERG GETAN WERDEN?

Eine gemeinsame Schulform der 10-14jährigen, vielleicht sogar ein verpflichtendes 9. Schuljahr für alle, würde die aktuelle Situation entspannen und Vorteile bringen. Eltern, Schüler*innen und Volksschullehrer*innen wird der frühe Entscheidungsdruck genommen. Schüler*innen haben mehr Zeit, ihre Talente, Stärken und Potenziale zu entdecken und zu entwickeln, bevor sie sich entscheiden müssen, wie die schulische oder berufliche Laufbahn weitergehen soll.

Eine gemeinsame Schule der 10-14jährigen verringert die Schnittstellen und Entscheidungspunkte für Schüler*innen und Eltern. Die gemeinsame Schulform kann zum Beispiel in Profil- oder Pilotschulen gegliedert nach Schwerpunktthemen (Musik, Sport, Wirtschaft, Sprachen, etc.) erfolgen. Dies führt auch zu einer Harmonisierung der Ausbildungssysteme in Europa.

Für die Umsetzung müsste in Vorarlberg eine Änderung im nationalen Schulgesetz erfolgen.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Die europäische und internationale Perspektive zeigt sehr unterschiedliche Bildungskonzepte und -systeme. Das erklärte Phänomen findet man eher im österreichischen Bildungssystem.

3.2.3 KOMPETENZEN BEI ANRECHNUNG VON ERBRACHTEN LEISTUNGEN BESSER BERÜCKSICHTIGEN

Die Anrechnung und Anerkennung von beruflich erbrachten Leistungen sollte besser berücksichtigt und sichtbar gemacht werden. Dieses würde zu einer Verbesserung der vertikalen und horizontalen Durchlässigkeit des Bildungssystems führen.

WIE SOLLTEN KOMPETENZEN BEI DER ANRECHNUNG VON LERNERGEBNISSEN IM VORARLBERG STÄRKER BERÜCKSICHTIGT WERDEN?

Gute und transparente Instrumente etablieren und umsetzen, damit auch beruflich erworbene Kompetenzen Anrechnung und Anerkennung finden, mit Formalqualifikationen gleichgestellt werden und somit der Zugang u.a. zu Fachhochschulen und Universitäten auch ohne Hochschulreifeprüfung ermöglicht wird. Vorteile: Ein durchlässiger Bildungszugang für alle, eine größere Attraktivität der Lehrausbildung und Meisterqualifikation, Chancen für Quereinsteiger*innen.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Auf europäischer Ebene gibt es mit ECVET, dem Europäischen Leistungspunktesystem für die Berufsbildung, bereits ein Instrument, das im Vorarlberg eingesetzt wird. Das ECVET-System² sollte europaweit in allen Ländern und Regionen angewendet werden.

Umsetzung: Nationale Gesetze, Vorschriften und Kompetenzen der Bildungseinrichtungen.

3.3 FRANKREICH/AUVERGNE-RHÔNE-ALPES

3.3.1 EINBEZIEHUNG VON FAMILIEN IN ORIENTIERUNGSENTSCHEIDUNGEN

Bei der Wahl der Orientierung gibt es oft Meinungsunterschiede zwischen Eltern und Kindern. Die Beteiligung der Eltern ist ein entscheidender Faktor im Orientierungsprozess. Es ist wichtig, dass Eltern alle erforderlichen Werkzeuge und Informationen zur Verfügung stehen, um ihre Kinder begleiten zu

² <https://www.cedefop.europa.eu/en/events-and-projects/projects/european-credit-system-vocational-education-and-training-ecvet>

können, ohne ihnen ihre Entscheidungen vorzuschreiben.

Im Hinblick auf das Ansehen innerhalb der Familien besteht jedoch immer noch eine starke Ausrichtung auf das „Baccalauréat général“, das allgemeine Abitur. Diplome und besonders Ausbildungskurse müssen breiter beworben werden, um das Image des beruflichen Werdegangs zu verändern.

Diese Barrieren für Berufswege und Ausbildungsplätze werden im ländlichen Raum noch verstärkt. Einer der Hebel zur Sensibilisierung der Eltern ist eine bessere Kenntnis der regionalen handwerklichen Berufe und ihrer Möglichkeiten sowie eine Änderung der Darstellungen in Bezug auf die Berufsausbildung oder die von Geschlechterstereotypen betroffenen Sektoren.

Es geht auch darum, das Konzept der Mobilität als potenziellen Hebel für junge Menschen anzusprechen, die ihren beruflichen und persönlichen Horizont erweitern möchten. Mobilität sollte jedoch nicht als Selbstzweck betrachtet werden – junge Menschen, die ihr Umfeld nicht verlassen möchten, sollten mit Informationen versorgt werden, die es ihnen ermöglichen, sich in dieses Umfeld zu integrieren.

WIE KÖNNEN FAMILIEN BESSER IN DIE ORIENTIERUNGSENTSCHEIDUNGEN IN DER REGION AUVERGNE-RHÔNE-ALPES EINBEZOGEN WERDEN?

Lokalen Interessengruppen sollte die Möglichkeit gegeben werden, innovative Lösungen vorzuschlagen, die sich in erster Linie an Familien im Orientierungsprozess richten und sich auf die folgenden Aspekte konzentrieren:

- eine kollektive und partnerschaftliche Dynamik der Hauptakteure des Gebietes unter Einbeziehung von Bildungseinrichtungen, Wirtschaftsakteuren und Familien. Die Einrichtung eines Handwerks- und Kompetenzcampus sowie eines Exzellenzcampus können mit dieser neuen Dynamik in Verbindung gebracht werden;
- Anregung zu einem nachhaltigen Erwerb der zu erlernenden Fähigkeiten. Es ist wichtig, dass Eltern alle erforderlichen Werkzeuge und Informationen zur Verfügung stehen, um ihre Kinder auf ihrem

Bildungsweg begleiten zu können, ohne ihnen ihre Entscheidungen vorzuschreiben.

Ein weiterer Vorschlag wäre eine Veranstaltung innerhalb von Schulen, bei der verschiedene einstellende Branchen vorgestellt werden oder ein Tag der offenen Tür bei einem Unternehmen, das sich dazu bereit erklärt hat.

Bei einer solchen Veranstaltung sollten 2 Aspekte im Vordergrund stehen:

1) Der erste Schritt besteht darin, pro Veranstaltung eine Gruppe von Familien und Jugendlichen von 50 bis 100 Personen zusammenzubringen; das Programm sollte folgendes enthalten:

- Allgemeine Präsentation
- Präsentation von wirtschaftlichen und statistischen Daten aus den verschiedenen Handwerksbranchen/Kennzahlen zu Berufsausbildungs- und Beschäftigungsangeboten nach Branchen/Hervorhebung von Berufen mit Einstellungsschwierigkeiten usw.
- Zeugnisse verschiedener Handwerker*innen
- Vorführung von Videos mit Zeugnissen (ergänzend zur Präsentation, um einen möglichst vollständigen Eindruck zu vermitteln)
- Debatten
- Familienanmeldung beim Tag der offenen Tür, vorgeschlagen von Handwerkern

2) In einem zweiten Schritt besuchen die Familien das Unternehmen, um während des Tags der offenen Tür eine Branche oder einen bestimmten Beruf innerhalb des Unternehmens kennenzulernen und so ein Verständnis für das Spektrum an Berufen zu erlangen, die ihre Kinder verfolgen könnten.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Die Notwendigkeit, Familien in den Orientierungsprozess einzubeziehen, ist ein Thema, das für alle Partnerregionen relevant ist. Die Durchführung einer Maßnahme, mit der die Einbeziehung von Familien verbessert werden kann, indem ihnen ein besseres Wissen über das berufliche Umfeld und die durch das Lernen gebotenen Ausbildungs- und Integrationsmöglichkeiten vermittelt wird, ist Teil

eines Ansatzes, mit dem dieser Herausforderung begegnet werden kann.

Ein wichtiger Aspekt hierbei ist, direkt mit den betroffenen Regionen zusammenzuarbeiten, um gemeinsam wirtschaftliche Akteure zu mobilisieren und diese dazu anzuregen, die Einbeziehung von Eltern stärker zu betonen.

Die jeweilige Maßnahme kann damit an die Besonderheiten der einzelnen Region angepasst werden und gleichzeitig die gemeinsamen Ziele der Mobilisierung von Familien und der Verbesserung des Lernens erfüllen.

3.4 DEUTSCHLAND/BAYERN

3.4.1 OBLIGATORISCHE ELTERNABENDE

Das bayerische Bildungssystem ist sehr selektiv. Eine gemeinsame Beschulung aller Schüler findet nur bis einschließlich der 4. Klasse statt. Danach werden die Schüler in die dreigliedrige Sekundarstufe eingeteilt. Zu diesem Zeitpunkt wird bereits die erste Entscheidung getroffen, ob ein Kind sich auf eine berufliche oder akademische Ausbildung vorbereitet. Diese Entscheidung basiert sowohl auf der schulischen Leistung des Kindes als auch auf der Entscheidung der Eltern. An dieser Stelle sind die Eltern an einer wichtigen Entscheidung für die Schullaufbahn und die Zukunft ihres Kindes beteiligt.

WIE SOLLEN OBLIGATORISCHE ELTERNABENDE IN BAYERN DURCHGEFÜHRT WERDEN?

Damit diese Entscheidung nicht auf einem unterschiedlichen Wissensstand über das Bildungssystem beruht und somit soziale Ungleichheiten reproduziert, haben die Grundschulen in Bayern die Aufgabe, im Rahmen eines Elternabends alle Eltern gleichermaßen über das Bildungssystem zu informieren. Dieser Elternabend muss genutzt werden, um die Eltern über das regionale Bildungssystem im Sinne einer individuell passenden Ausbildung für jedes Kind zu informieren und so Wissenslücken und Ängste abzubauen. Umfassende Informationen über die berufliche Bildung sind hier aufgrund ihrer Vielfalt und der damit verbundenen größeren Komplexität des Systems besonders wichtig. Konkret

sollte die Teilnahme an Elternabenden zum Bildungssystem und zur Schullaufbahn für mindestens ein Elternteil verpflichtend sein, bevor das Kind in die weiterführende Schule geht, idealerweise am Ende des dritten Schuljahres. Da diese Elternabende bereits flächendeckend stattfinden, wäre es nur notwendig, sie häufiger anzubieten, um den Eltern die Teilnahme zu erleichtern.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Um das oben beschriebene Phänomen der Reproduktion sozialer Ungleichheiten aufgrund unterschiedlicher Wissensstände über das regionale Bildungssystem zu vermeiden, kann ein obligatorischer Elternabend eine geeignete Lösung sein, die aber im Kontext des regionalen Bildungssystems geprüft werden muss.

3.4.2 SOZIALPÄDAGOGEN ZUR BEGABUNGSFÖRDERUNG AN BERUFLICHEN SCHULEN

Da es in Bayern für den Zugang zur dualen Ausbildung keine formalen Voraussetzungen wie etwa bestimmte Abschlüsse gibt, ist die Heterogenität an den Berufsschulen sehr hoch. Einige Schüler*innen beginnen ihre Berufsausbildung ohne Abschluss der Sekundarstufe I, andere wiederum erst nach Abschluss der Sekundarstufe. Die bayerischen Berufsschullehrer*innen sind aus diesem Grund mit einer starken Heterogenität in ihren Schulklassen konfrontiert und müssen versuchen, jedem Schüler*innen in seinem Leistungsstand gerecht zu werden.

WELCHEN BEITRAG KÖNNTEN SOZIALPÄDAGOGEN ZUR BEGABUNGSFÖRDERUNG AN BERUFLICHEN SCHULEN LEISTEN?

In Anlehnung an das Modell der Jugendsozialarbeit an Berufsschulen für Schüler*innen mit Lernschwierigkeiten sollte eine solche Beratung auch für sehr leistungsstarke und/oder unterforderte Berufsschüler*innen angeboten werden. Ziel ist es, das Potenzial jedes Einzelnen voll auszuschöpfen, da Benachteiligungen gerade bei leistungsstarken Schüler*innen oft unterschätzt werden. Konkret soll die

Jugendsozialarbeit an Berufsschulen um einen Sozialpädagogen*in zur Begabungsförderung erweitert werden. Diese Person würde als Ansprechpartner für Lehrer*innen fungieren, die besonders leistungsstarke oder unterforderte Schüler*innen in ihrer Klasse haben, und sich aktiv an diese Schüler*in wenden. Darüber hinaus übernimmt der Sozialpädagoge*in Informationsveranstaltungen in den Klassen über schulische und berufliche Laufbahnen und bietet individuelle Sprechstunden für Schüler*in sowie für Eltern an. Es ist wichtig, dass die Wege und Möglichkeiten in dieser Beratung realistisch dargestellt werden.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Wenn das regionale Berufsausbildungssystem besondere heterogene Jahrgänge hat, ist es wichtig, das Potenzial jedes Schülers*in durch gezielte, auf das jeweilige Bildungssystem zugeschnittene Maßnahmen voll auszuschöpfen. Es ist darauf zu achten, dass sowohl im unteren als auch im oberen Leistungsbereich Unterstützung erforderlich ist.

3.4.3 INFORMATIONEN UND VORBEREITUNGSKURSE ZUM WECHSEL ZWISCHEN DEN WEITERFÜHRENDEN SCHULTYPEN

Im bayerischen Bildungssystem findet die Auswahl der verschiedenen Bildungswege schon sehr früh statt. Bereits nach vier Jahren Grundschule werden die Kinder für eine der drei weiterführenden Schulformen – das Gymnasium, die Realschule und die Mittelschule – und somit für eine eher akademische oder eher praktische Laufbahn empfohlen. Danach ist nur noch ein sehr kleiner Prozentsatz der Kinder (ca. 4 % p.a.) in der Lage, ihre Entscheidung bzw. die ihrer Eltern im Hinblick auf die ausgewählte Schule zu ändern. Es ist zu beobachten, dass das System einen einfachen Wechsel zu einer weiterführenden Schule auf niedrigerem Bildungsniveau ermöglicht. Beispielsweise wechseln 40 % aller Schüler, die an einem Gymnasium beginnen, zu einer Schulform auf niedrigerem Bildungsniveau, während Wechsel zu einer Schulform auf höherem Bildungsniveau

kaum vorkommen, insbesondere Wechsel von der Realschule zum Gymnasium oder von der Förderschule zur Mittelschule. Dies erweckt den Eindruck, dass das System hauptsächlich eine „nach unten gerichtete“ Durchlässigkeit ermöglicht, aber nicht unbedingt eine „nach oben gerichtete“ Durchlässigkeit. Oft wird der Übergang eines begabten Schülers*in von der Realschule auf das Gymnasium abgelehnt, z. B. mit der Begründung, dass der Schüler*in an der Realschule keine zweite Fremdsprache gelernt hat, was am Gymnasium im Gegensatz zur Realschule erforderlich ist. Außerdem werden Schüler*innen, die auf eine weiterführende Schule mit höherem Bildungsniveau wechseln, sehr oft gebeten, an der neuen Schule ein Schuljahr zu wiederholen.

WIE SOLLTE DER WECHSEL ZWISCHEN DEN SCHULARTEN IN BAYERN UNTERSTÜTZT WERDEN?

Um die Belastung beim Wechsel auf eine weiterführende Schule auf einem höheren Bildungsniveau, z. B. von der Realschule auf das Gymnasium, zu senken, benötigen begabte Schüler*innen die Unterstützung der Schulen und ihrer Lehrer*innen. Interessierte Eltern und Schüler*innen sollten einfachen Zugang zu Informationen darüber haben, wie ein Schulwechsel stattfinden könnte. Es sollte ein standardisierter und transparenter Prozess eingeführt und alle Anforderungen klar formuliert und kommuniziert werden. Außerdem sollten die Anforderungen realistisch sein und den Schüler*innen die Möglichkeit gegeben werden, sich auf die Erfüllung dieser Anforderungen vorzubereiten.

Um zu vermeiden, dass ein Schuljahr wiederholt werden muss, sollte der bayerische Staat Vorbereitungskurse für Schulwechsler anbieten, um begabte Schüler*innen in bestimmten Fächern darauf vorzubereiten, auch ohne das Wiederholen eines Schuljahres die Anforderung der neuen Schule erfüllen zu können.

Was die Forderung nach einer zweiten Fremdsprache betrifft, sollten für Schüler*innen, die den Übergang an die neuen Schulen geschafft haben, „Übergangsfristen“ vorgesehen werden, in denen ihnen die Zeit gegeben wird, ihre Fremdsprachenkenntnisse nachzuholen (z. B. auf der Grundlage von Selbststudien), ohne dafür benotet zu werden.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Angesichts der spezifischen Strukturen der Bildungssysteme der Partnerregionen können wir nicht beurteilen, inwieweit dieses Problem auch für sie gilt. Jedoch sind wir davon überzeugt, dass absolute Transparenz, klar formulierte und standardisierte Prozesse sowie eine gute Kommunikation und „Übergangsunterstützungsangebote“ ein Muss für jedes Bildungssystem sind, das Durchlässigkeit fördern möchte.

3.4.4 SPEZIELLE BERATUNG BEI DER AUSWAHL DER WEITERFÜHRENDEN SCHULE UND BEGLEITENDE LERN-UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE

Es ist hinlänglich bekannt, dass das bayerische Bildungssystem für Kinder und Eltern aus dem Bildungsbürgertum gut funktioniert, da die Eltern dieser Kinder in der Lage sind, ihnen die erforderliche Unterstützung bei der Bewältigung des enormen Lernpensums zu leisten, um ihre Prüfungen erfolgreich zu bestehen. Daher übernehmen diese Eltern häufig die Rolle von „Hilfslehrer*innen“ für ihre Kinder. Kinder mit Migrationshintergrund oder Arbeiterkinder können nicht auf die Unterstützung ihrer Eltern zurückgreifen und haben zudem oft gleichzeitig mit einer instabilen sozialen und finanziellen Situation zu kämpfen. Das bayerische Bildungssystem steht daher in der Kritik, ungerecht zu sein und soziale Ungleichheiten noch weiter zu verschärfen. Darüber hinaus ist zu beobachten, dass es einen relativ hohen Anteil von Migrant*innen gibt, die für weiterführende Schulen auf niedrigerem Bildungsniveau (wie die Mittelschule) empfohlen werden und diese folglich auch besuchen. Interessanterweise setzen aber deutlich mehr Schüler*innen mit Migrationshintergrund (deutlich mehr als Deutschstämmige) später ihre Schulausbildung an weiterführenden Schulen wie der Wirtschaftsschule/FOS/BOS fort.

WAS SOLLTE GETAN WERDEN, UM SCHÜLER*INNEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND IN DER SEKUNDARSTUFE IN BAYERN BESSER ZU FÖRDERN?

Offenbar werden viele Schüler*innen mit Migrationshintergrund nicht adäquat der richtigen Schulform zugewiesen. Die Tendenz geht dahin, sie einer weiterführenden Schule wie der Mittelschule zuzuweisen, obwohl die Statistik zeigt, dass mehr als ein Drittel von ihnen das Potenzial hat und sich später dafür entscheidet, einen höheren Schulabschluss anzustreben und dieses auch erreicht.

Daher sollten an den Grundschulen spezielle Beratungsangebote, die sich insbesondere an Eltern und Schüler mit Migrationshintergrund richten, eingerichtet werden, um Migranten mehr Orientierung und Informationen über das deutsche Schulsystem und mögliche Karrierewege als Folge der getroffenen Entscheidungen zu geben.

In der Sekundarstufe sollte eine qualifizierte Lernförderung, z. B. Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung nach der Schule, für Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch für sozial benachteiligte Kinder kostenlos angeboten werden. Jedes Kind sollte die Möglichkeit haben, eine angemessene Schulbildung zu erhalten und gute schulische Leistungen zu erzielen, unabhängig vom finanziellen und sozialen Hintergrund, in den es hineingeboren wird.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Aufgrund der spezifischen Strukturen der Bildungssysteme der Partnerregionen können wir nicht beurteilen, inwieweit dieses Problem auch für sie gilt. Allerdings ist das Konzept durchaus auch auf andere Alpenregionen übertragbar, in denen es viele sozial benachteiligte Kinder oder Kinder mit Migrationshintergrund gibt.

3.5 ITALIEN/SÜDTIROL

3.5.1 MATURA NACH DER BERUFS- BILDUNG

Wenn ein Auszubildender nach der Berufsausbildung die Matura machen möchte, gibt es derzeit zwei Möglichkeiten:

1. Auszubildende können nach Abschluss der Berufsausbildung einen Kurs an einer Berufsschule besuchen. Dies ist ohne Altersbeschränkung in Form eines Vollzeitschuljahres (einjähriger Kurs, der zur Matura führt) möglich.
2. Die zweite Möglichkeit ist der Abschluss eines zweijährigen Lehrvertrages mit Teilzeitschulbesuch (ein zweijähriger Teilzeitlehrgang, der zur Matura führt). Diese Möglichkeit ist für Auszubildende bis zum Alter von 24 + 364 Tagen vorbehalten. Das bedeutet, dass der Abschluss des Lehrvertrages nur bis zu diesem Alter möglich ist. Absolventen einer Berufsreifeprüfung erhalten durch die erfolgreiche Absolvierung der Vorbereitungskurse und dem Erlangen der Matura die allgemeine Hochschulreife. In beiden Fällen kann der Auszubildende nach Abschluss seines Berufsausbildungsdiploms ein Studium in allen Fächern aufnehmen.

WIE SOLLTE DIE MATURA NACH DER BERUFS- AUSBILDUNG IN SÜDTIROL UMGESETZT WER- DEN?

Wenn der Auszubildende eine vierjährige berufliche Grundausbildung entweder in einer Fachschule oder in Form einer Lehre absolviert, kann er sich um die Aufnahme in den Maturakurs an einer Berufsschule bewerben. Das Aufnahmeverfahren muss unbürokratisch sein und darf keine Hürde darstellen. Die Vorbereitungskurse müssen dem Bildungsniveau entsprechen.

Die Bewerber*innen sollten rechtzeitig schriftlich über die Einzelheiten des Verfahrens informiert werden. Da Absolvent*innen einer Berufsreifeprüfung über diesen Weg alle Fächer studieren können, ist es wichtig, die Schüler*innen bei der Berufswahl ausführlich über diese Möglichkeit zu informieren. Die Berufsmatura macht eine Lehre attraktiver. Diese Chancengleichheit zwischen Lehrlingen und

Maturant*innen ist ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung für einen Bildungsweg. Diese Informationen müssen auch den Eltern klar mitgeteilt werden, da viele befürchten, dass ihr Kind zu einem späteren Zeitpunkt nicht die gleichen Chancen hat, wenn es eine Berufsausbildung absolviert. Dieser falschen Angst kann nur mit ausreichender und richtiger Information über die Möglichkeiten der Berufsmatura entgegengewirkt werden. Eine umfassende Aufklärung durch Lehrer*innen und Berufsberater*innen ist daher von grundlegender Bedeutung. In diesem Zusammenhang müssen neue Strategien entwickelt werden, um junge Menschen bei ihrer Berufswahl zu sensibilisieren und anzuleiten und Eltern mit angemessenen Informationen zu versorgen.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERRE- GIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Der Wunsch der Eltern nach der Möglichkeit des freien Zugangs zu allen Bildungswegen für ihre Kinder muss mit ausreichenden Informationen unterstützt werden. Die zuständigen Beratungsstellen, öffentlichen Dienste und Informationsanbieter müssen geschult und über die aktuelle Situation gut informiert sein. Ein Treffen mit Eltern, deren Kinder die 7. Klasse besuchen, ist die richtige Plattform, um Informationen über die Berufsmatura weiterzugeben und damit der gesellschaftlichen Stigmatisierung rund um die Berufsausbildung und die Matura entgegenzuwirken. Die Eltern der Schüler der 7. Klasse sollen bei den Abendveranstaltungen, die bereits vor Schulbeginn stattfinden, über die Möglichkeiten der Berufsmatura informiert werden.

3.5.2 DAS HANDWERK DER ZUKUNFT

Das Handwerk der Zukunft, ein Bereich, in dem zunehmend mehr Technologien zum Einsatz kommen werden, wird sich stark verändern. Die Berufsbilder im Handwerk entwickeln sich im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung weiter. Gerade angesichts des zunehmenden Potenzials neuer Technologien brauchen Unternehmen immer mehr qualifizierte Mitarbeitende, die diese Technologien optimal nutzen können. Daher wird es immer wichtiger, die Mitarbeitenden für die digitale Arbeitswelt zu qualifizieren, indem sichergestellt wird, dass ihre

Ausbildung in technischer Hinsicht nicht zurückbleibt.

WIE KANN DAS HANDWERK DER ZUKUNFT IM SÜDTIROL ENTWICKELT WERDEN?

Die Handwerksbetriebe müssen sich in Zukunft aktiv an der Gestaltung der Ausbildung beteiligen und die benötigten Kompetenzen kontinuierlich neu bewerten. Hier kann eine Kompetenzmanagementstrategie nützlich sein. Die Ausarbeitung muss durch gemeinsame Entwicklung unterstützt und begleitet und schließlich umgesetzt werden.

Es wird notwendig sein, bestehende Schulungsangebote durch die Entwicklung neuer Kompetenzprofile zu aktualisieren. Sensibilisierung und Information spielen hier eine wesentliche Rolle und müssen in allen Aspekten berücksichtigt werden. Mitarbeitende dürfen nicht überlastet werden, sondern müssen angemessen begleitet werden. Weiterbildungen und inhaltliche Eingaben schaffen Sicherheit und helfen, neue Fähigkeiten zu entwickeln.

Natürlich ist die Sensibilisierung der Unternehmen für digitale Innovationen eine Grundvoraussetzung. Nur so kann die Entwicklung von Berufsprofilen im Handwerk beeinflusst werden. Dies macht berufliche Kompetenzprofile und ein generelles Umdenken in der Ausbildung notwendig.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Zukunftstechnologien und digitale Geschäftsmodelle untermauern die digitale Entwicklung. Die Mitgliedsunternehmen des lvh.apa fördern den Einsatz dieser Technologien und digitalen Geschäftsmodelle und beschleunigen so deren Nutzung und Entwicklung. Mittels einer Befragung geben sie zudem kontinuierliches Feedback zu den aktuellen Stellenprofilen und geforderten Fähigkeiten. Diese Informationen dienen als Grundlage für die inhaltliche Weiterentwicklung der Ausbildungsberufe: Bestehende Ausbildungsberufe im Handwerk und deren Kompetenzprofile im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung können mit Hilfe konkreter Anforderungsprofile inhaltlich angepasst werden.

zu diesen Themen befragt, um einen breiten Überblick über berufliche Kompetenzprofile zu erhalten. Nur durch eine umfassende Sensibilisierung und

ständige Zusammenarbeit sowie einen kontinuierlichen Austausch kann ein Umdenken in den Unternehmen gelingen.

3.6 ITALIEN/TRENTINO

3.6.1 FORMELLE UND INFORMELLE STRATEGIEN ZUR VERBESSERUNG DER DURCHLÄSSIGKEIT INNERHALB DES BILDUNGSSYSTEMS

Im Kontext der Autonomen Provinz Trient gilt die vertikale und horizontale Durchlässigkeit immer noch als Herausforderung für das Bildungssystem. Es gibt verschiedene formelle und informelle Strategien, um ein durchlässigeres Bildungssystem durch Validierung, Anerkennung und Zertifizierung früherer Lernerfahrungen oder durch die Reform der beruflichen Bildung zu erreichen und so die Kluft zwischen der Berufsausbildung und dem Zugang zu höherer technischer Bildung und Hochschulausbildung zu verringern. Aber es gibt immer noch einige strukturelle Hindernisse für Schüler*innen, denen es in einigen Fällen möglicherweise schwer fällt, ihre weiteren Möglichkeiten nach Verlassen des Bildungssystems zu erkennen. Wir möchten hier den Fall eines 17-jährigen Schülers hervorheben, der vor kurzem erfolgreich eine vierjährige duale Berufsausbildung abgeschlossen und im Anschluss versucht hat, in das fünfte Jahr einzutreten, das für den Zugang zum tertiären Bildungssystem obligatorisch ist (vertikale Durchlässigkeit), da seine vierjährige Qualifikation ihm keinen unmittelbaren Zugang zur Hochschulbildung ermöglicht. Er hat die Prüfung zum Eintritt in das fünfte Jahr nicht bestanden und konnte somit nicht in ein fünftes Jahr der technischen Ausbildung wechseln (horizontale Durchlässigkeit). Der Fall dieses Schülers wurde während eines Schulungskurses diskutiert, der von der Autonomen Provinz Trient für die berufsbegleitenden Tutoren (Ausbilder) des dualen Systems, aber auch für einige Lehrer*innen und Sozialpartner*innen angeboten wurde. Die Ergebnisse dieser Diskussion könnten als Vorschläge dafür zusammengefasst werden, was im Trentino in den nächsten Jahren getan werden kann, um eine Lösung für diese speziellen Fälle zu

entwickeln und zu erkunden, wie dieses Wissen auch in den Partnerregionen angewendet werden könnte.

WIE SOLLTE DIE DURCHLÄSSIGKEIT DES BILDUNGSSYSTEMS DER AUTONOMEN PROVINZ TRENTINO VERBESSERT WERDEN?

Im Hinblick auf den oben beschriebenen individuellen Fall wurden die folgenden Maßnahmen vorgeschlagen, die bereits jetzt durchführbar sein könnten:

- dem Schüler könnte durch einen professionellen Beratungsdienst eine Möglichkeit gegeben werden, über seine Zukunftsperspektiven und Motivationen zu reflektieren;

- der Schüler könnte versuchen, sein fünftes Jahr der technischen Ausbildung außerhalb der Autonomen Provinz Trient zu absolvieren

- oder der Schüler könnte versuchen, innerhalb der Autonomen Provinz Trient in eine technische Sekundarschule ab dem dritten Jahr einzutreten.

In Zukunft könnte es auf individueller Ebene sinnvoll sein, an der Stärkung der Kompetenzen zu arbeiten, die für den Zugang zu neuen Schulwegen und zur Hochschulbildung erforderlich sind sowie die Motivation des Schülers im Laufe der Zeit zu beobachten und einen Wechsel der Schulform mit einer anderen Spezialisierung in Betracht zu ziehen.

Auf Schulebene wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen, die ebenfalls bereits jetzt umgesetzt werden könnten: die Schaffung von strukturierten Übergängen zwischen den verschiedenen Schularten, die Veranstaltung von Abendkursen, um Unterstützung bei der Vorbereitung auf die Prüfung im fünften Jahr der Berufsausbildung zu geben, die Beratung des Schülers im Hinblick auf seine realisierbaren Möglichkeiten und die Einführung eines Projekts für ein duales System. In Zukunft wäre es auf Schulebene sinnvoll, über die Möglichkeit nachzudenken, zu Beginn eines neuen Schulweges zu wechseln, Kurse zu organisieren, um sich auf die Prüfung im fünften Jahr der Berufsausbildung vorzubereiten, Unterstützung für Kompetenzen zu geben, die während der Ausbildung aufgebaut wurden, um sich auf die Prüfung im fünften Jahr der Berufsausbildung vorzubereiten und Sommerkurse

abzuhalten, um den Eintritt in eine technische Sekundarschule im September zu erleichtern.

Auf Unternehmensebene wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: eine Ausbildung im dualen System mit der Schule zu organisieren, die mit der Prüfung im fünften Jahr der Berufsausbildung abgeschlossen wird, die neu erworbenen Kompetenzen zu zertifizieren und es dem Auszubildenden zu erlauben, ein Jahr lang außerhalb des dualen Systems im Unternehmen zu arbeiten. In Zukunft könnte es auf Unternehmensebene sinnvoll sein, offener gegenüber der Aufnahme von Auszubildenden in schwierigen Situationen zu sein und diese zu unterstützen, spezifische Maßnahmen wie Kommunikationsphasen und Verwaltungskompetenzen zur Verbesserung der Grundkompetenzen (Italienisch, Mathematik) einzuführen, um an der Prüfung der Berufsbildung im fünften Jahr teilnehmen zu können sowie Änderungen und Rückmeldungen durch ein dynamisches Profil des Schülers zu überwachen und zu bewerten.

Auf institutioneller Ebene (dem Bildungssystem der Autonomen Provinz Trient) wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: die Einrichtung strukturierter Wege, um den Übergang zwischen Sekundarschule und Berufsschule zu erleichtern; die Möglichkeit, ein Orientierungskolloquium mit einem Experten außerhalb der Schule abzuhalten sowie eine formelle Anerkennung der während der dualen Ausbildung erworbenen Kompetenzen. In Zukunft könnte es sinnvoll sein, die Auswahlverfahren/Prozesse und Studienpläne zu verändern, um valide Alternativen für diese Fälle zu erarbeiten und noch individueller zugeschnittene Pfade entwerfen zu können.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Die Fallstudie hat die Tatsache hervorgehoben, dass es eine Diskrepanz zwischen den formalen/regulatorischen Elementen und der realen täglichen Praxis des Managements von Schülerübergängen zwischen verschiedenen Schulwegen und der Orientierung im Allgemeinen gibt. Dies ist zum Teil auf verschiedene Systembeschränkungen zurückzuführen (nicht geteilte Regeln, nicht geteilte Aktivitäten, mangelnde Bereitschaft zum Umgang mit unerwarteten Situationen usw.). Diese Barrieren könnten angegangen werden, indem die Ungereimtheiten

des Systems aufgezeigt werden und eine erste Lern-ebene mit den beteiligten Akteuren (Lehrer*innen, Tutor*innen, Institutionen) geschaffen wird, um neue Lösungen zu finden, die in Zukunft durch regulatorische Eingriffe institutionalisiert werden könnten.

3.6.2 VERÄNDERUNGSLABOR FÜR MEHR DURCHLÄSSIGKEIT

Der zweite Vorschlag betrifft die Umsetzung der ursprünglichen Version des Labors, das das Lernetelier³ innerhalb des DuALPlus-Projekts inspiriert hat. Dieses so genannte Veränderungslabor soll Menschen aus verschiedenen Bereichen (Arbeitswelt, Berufsbildung, Schulen) eine Interaktionsmöglichkeit bieten, um „Aktivitäten“-Systeme zu beschreiben (d. h. die Aktionen und Möglichkeit zur Schaffung von Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung, Schulen und der Arbeit und innerhalb von Berufsausbildung, Schulen und der Arbeit selbst) und neue Praktiken zu erarbeiten, die in die Praxis umgesetzt werden können (Anerkennung von Kompetenzen, neue Ausbildungsformate, neue Lehrlingsformate usw.). Diese Veränderungslabore zielen darauf ab, Aktivitätssysteme zu entwerfen und entwickeln.

Ein Aktivitätssystem ist eine komplexe Struktur, bestehend aus: a) Objekten („den Durchlässigkeitslösungen und Praktiken“), b) Subjekten wie den beteiligten Personen („Lehrer*innen, betriebliche Betreuer, Mitarbeitende ...“), c) materiellen Technologien und Werkzeugen („Fähigkeiten und Kompetenzen, Netzwerke, Bildungstechnologien ...“), die die Beziehung zwischen Subjekt und Objekt bestimmen; d) Regeln und Vorschriften, die die Realisierung von Aktivitäten anleiten; e) Menschen in Form von Gemeinschaften von Akteuren, die durch symbolische Systeme wie Fachsprache, Normen und kulturelle Werte interagieren; f) die Arbeitsteilung,

die die Gemeinschaft der Akteure und das Objekt der Aktivität bestimmt.

Das hier dargestellte Aktivitätssystem kann leicht als eine unerschöpfliche Spannungsquelle mit ständigen Brüchen und Inkonsistenzen (d. h. Durchlässigkeitseinschränkungen) verstanden werden. Spannungen treten aus zwei Hauptgründen auf: aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen von der Arbeit, die die Akteure innerhalb des Aktivitätssystems entwickeln (d. h. das Vorhandensein von Regeln oder Normen, die die Durchlässigkeit beeinflussen); oder als Ergebnis von Schwierigkeiten, die während der täglichen Aktivitäten auftreten, wie z. B. die Fehlfunktion von Technologien und Werkzeugen oder die Unwirksamkeit der Normen und der Arbeitsteilung, insbesondere in Bezug auf die Fließfähigkeit des Handelns (d. h. unterschiedliche Normen und Vorschriften im Berufsbildungs- und Schulsystem). Innerhalb des Veränderungslabors können die Teilnehmenden nach einer Startphase, in der Widersprüche auftauchen, damit beginnen, sich mit Problemen und Dilemmata auseinanderzusetzen und durch kreative Aktionen, unterstützt durch diskursive Aktivitäten, neue Lösungen zu finden. Das Produkt dieses kollektiven Prozesses ist die Entwicklung neuer Praktiken und Vorstellungen von der Aktivität und ihrem Gegenstand mit der damit verbundenen Entwicklung eines neuen Gefühls einer kollektiven Identität („Unternehmen, Berufsbildung und Schulen ziehen an einem einzigen Strang“). Der Ursprung dieser Spannungen liegt nicht nur innerhalb des Systems, sondern auch außerhalb in anderen verbundenen und voneinander abhängigen Systemen.

WAS KANN IM TRENTINO GETAN WERDEN?

Nach der Erfahrung des Lerneteliers kann ein Veränderungslabor organisiert werden, um die Spannungen und Fallstricke des lokalen Durchlässigkeitssystems zu hervorzuheben und neue Lösungen zu finden, die mit der lokalen öffentlichen Einrichtung (Provinz Trient) geteilt werden können. Wie das Lernetelier sollten auch die Veränderungslabors als

³ Die Ateliers sind kleine Arbeits- und Lerngruppen, die von einem Moderator geleitet werden und heterogen zusammengesetzt sind. Das Ziel des Ateliers ist es, die Teilnahme und den Austausch von Aktivitäten verschiedener Berufsgruppen (in unserem Fall Unternehmen und Ausbildungseinrichtungen) zu unterstützen, durch spezifische Inputs des

Trainers ihr berufliches Wissen zu teilen und so buchstäblich „die Grenzen“ ihres beruflichen Wissens und ihrer Fähigkeiten zu überschreiten, um neue Praktiken zu schaffen.

kleine Arbeits- und Lerngruppen operieren, die von einem Moderator*in geleitet und heterogen zusammengesetzt werden. Im Allgemeinen umfasst die Abfolge der Aktivitäten innerhalb eines einzelnen Veränderungslabors die folgenden Schritte: einen einleitenden Teil, in dem ein Problem oder eine Frage, die angegangen werden soll, identifiziert und vorgestellt wird; einen operativen Teil, in dem alle Teilnehmer ihren Standpunkt im Umgang mit dem Problem mit Unterstützung des Moderators*in darlegen und ihre bereits vorhandenen Erfahrungen und Praktiken präsentieren und einen dritten Teil der Reflexion, der die Praktiken definiert, die von den Teilnehmenden in ihrer Arbeitserfahrung gelernt wurden und „übertragbar“ sind. In der letzten Phase findet eine „Grenzüberschreitung“ statt, da eine zuvor in einem bestimmten Kontext entwickelte Praxis während des Ateliers in einem oder mehreren anderen Kontexten neu ausgerichtet und erweitert wurde.

Im Kontext des Trentino kann eine Abfolge von Veränderungslaboren unter Berücksichtigung der Beteiligung aller am Durchlässigkeitsprozess beteiligten Akteure organisiert werden: PAT-Vertreter, Unternehmen, Berufsbildungseinrichtungen und Schulen, mit vorgeschlagener Beteiligung auch von Schüler*innen, dem eigentlichen Subjekt, das in den Durchlässigkeitsprozess involviert ist. Es gäbe auch eine eigenständige Arbeitsgruppe, die bei Bedarf aktiviert werden könnte, um Durchlässigkeitsprobleme zu lösen (z. B. Schüler*innen, die um Unterstützung bei ihrem Umgang mit der horizontalen und vertikalen Durchlässigkeit innerhalb des lokalen Systems bitten).

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Da dieser Ansatz das Ergebnis einer international validierten Methodik (dem „Change Laboratory“, also Veränderungslabor) ist, lässt er sich leicht kulturübergreifend anwenden. Das Veränderungslabor ist von seiner Natur her „situativ“, was bedeutet, dass es einen ständigen Abgleich mit lokalen kulturellen und normativen Gegebenheiten zur Durchlässigkeit erfordert. Eine kulturübergreifende Version des Veränderungslabors, die die Situation von zwei oder mehr Ländern gleichzeitig abbildet und dabei die Probleme der Durchlässigkeit berücksichtigt,

könnte ein weiteres wichtiges Instrument sein, das in einem lokalen Kontext angewendet werden kann (d. h. Einladung von Personen aus verschiedenen Ländern in lokale Veränderungslabore, um Erkenntnisse von außen zu teilen).

3.7 SLOWENIEN

3.7.1 FAIRE BEWERBUNG

Das Hauptproblem des dualen Berufsausbildungssystems in Slowenien ist das mangelnde Interesse junger Menschen an Handwerksberufen. Daher ist eine bessere Information über die Bildungsmöglichkeiten, die das slowenische System bietet, sowohl für die Schüler*innen als auch für die Eltern von entscheidender Bedeutung, und das bereits im Grundschulalter.

WIE SOLLTE DIE FÖRDERUNG DES HANDWERKS IN SLOWENIEN VERBESSERT WERDEN?

Aus dem oben genannten Grund ist es wichtig, die Berufsausbildung so zu fördern, dass möglichst viele Schüler*innen und Eltern erreicht werden, und zwar so früh wie möglich. Um dies zu ermöglichen, empfehlen wir die Einführung eines „Tags des Handwerks“ für Grundschüler*innen, bei dem sie verschiedene Handwerksberufe kennenlernen können. Eine geeignete Aktion an einem solchen Tag wäre ein Besuch der Internationalen Messe für Handwerk und Unternehmertum. Auf dem Messegelände wird eine sogenannte „Straße der Berufe“ eingerichtet, auf der 10–15 attraktive und an Einstellungsinteresse mangelhafte Berufe vorgestellt werden. In der Mitte der Straße wird es auch ein sogenanntes „Lehrstellenbüro“ geben, in dem die Besucher alle Informationen über Lehrstellen und andere Ausbildungsmöglichkeiten erhalten. Die Straße ist nach dem Prinzip „alles an einem Ort“ organisiert, um die einzelnen Berufe gleichzeitig vorzustellen. Dies soll die Schüler*innen durch Präsentationen entlang der Straße in den Prozess der Berufsausbildung einbinden und auch Schulen vorstellen, die Ausbildungsprogramme anbieten.

Für den Erfolg der Veranstaltung ist es wichtig, alle Grundschulen in Slowenien einzuladen und ihnen

den Transport zur Messe durch die regionalen Gemeinden zu ermöglichen. Eltern sollten ebenfalls zur Messe eingeladen werden.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Angesichts der vermeintlich ähnlichen Probleme sollte das Problem der Förderung im Sinne des Erfahrung- und Wissensaustausches internationalisiert werden, vielleicht auch durch gemeinsame Förderauftritte im EU-Regionalraum.

3.7.2 BESSERER INFORMATIONSFLUSS

Es ist davon auszugehen, dass auch der Informationsfluss verbessert werden könnte. Manchmal sind Informationen für einige Personen offensichtlich, für andere jedoch völlig unbekannt. Unter diesem Gesichtspunkt ist ein Informationssystem erforderlich, das ständig aktualisiert werden kann.

WIE KÖNNEN GRUNDSCHULEN BESSER ÜBER DIE DUALE AUSBILDUNG INFORMIERT WERDEN?

Zur besseren Information der Grundschulberaternen, die eine grundlegende Rolle in der Vermittlung von Informationen an Grundschüler*innen und deren Eltern spielen, schlagen wir regionale Treffen vor, bei denen die Kammern, das Ministerium und die weiterführenden Schulen wichtige Informationen über die Umsetzung und die Vorteile des dualen Berufsbildungssystems teilen.

Es wäre sinnvoll, das Regionaltreffen in Grundschulen abzuhalten. In jeder Region wird jährlich bestimmt, in welcher Grundschule das Treffen abgehalten wird. Dies würde das Interesse der Grundschulen weiter erhöhen und könnte somit dazu beitragen, ein weiteres Problem bei der Information und Förderung der dualen Berufsausbildung zu überwinden.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Wir empfehlen: Einen Vergleich des Informationssystems der wichtigsten Akteure in den Grundschulen und Analyse des Informationsbedarfs.

3.7.3 EINE GETEILTE FINANZIERUNG.

Mit der Einführung des dualen Systems kommt auf die Arbeitgeber eine hohe finanzielle Belastung zu. Die Kosten, die den Arbeitgeber*innen in der Praxis entstehen, beschränken sich dabei nicht auf die Kosten für Gehälter und Mahlzeiten, sondern umfassen auch „versteckte Kosten“ (Kosten für die Ausstattung der Arbeitsplätze, Kosten für Schulungen ...). Die Durchlässigkeit kann daher durch entsprechende Förderangebote unterstützt werden.

WIE SOLLTE DIE FINANZIERUNG DER DUALEN AUSBILDUNG IN SLOWENIEN ORGANISIERT WERDEN?

Ein gemeinsames Treffen der wichtigsten Interessengruppen wie dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Sport, dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Technologie, dem Ministerium für Arbeit, Familie und Soziales und dem Ministerium für Chancengleichheit könnte eine Lösung für diese Finanzierungsungleichheiten zwischen Unternehmen entwickeln.

Bei diesem Treffen sollten die Ausbildungsbetriebe den Ministerien das Problem der Finanzierung und der Verpflichtungen der Arbeitgeber auf der Grundlage einer Analyse der Kosten, die den Arbeitgeber*innen bei der Durchführung der praktischen Ausbildung entstehen, darlegen. Da es sich um gefragte und defizitäre Berufe handelt und dies die Entwicklung nicht nur einzelner Regionen, sondern des gesamten Landes Slowenien widerspiegelt, sollten auch die Kosten für die Umsetzung des dualen Berufsausbildungssystems gerecht verteilt werden. Da die Mitgliedschaft in einer Handelskammer in Slowenien freiwillig ist, wäre es sinnvoll, einen Bildungsfonds einzurichten, in den alle Wirtschaftseinheiten oder Unternehmer einzahlen. Die Ausgestaltung des Fonds würde auf regionaler Ebene erfolgen. Für die Umsetzung der Finanzierung wäre ein Gutscheinsystem denkbar.

Darüber hinaus sollte die Möglichkeit der Kofinanzierung auch direkt vom Staat gegeben sein, nämlich von den Fachministerien: dem Wirtschaftsministerium, dem Arbeitsministerium und dem Bildungsministerium. Die Finanzierung sollte über öffentliche Ausschreibungen erfolgen.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Durch einen Vergleich der Kosten in den Partnerländern könnten mehr Erkenntnisse gewonnen und damit die Argumente für Verhandlungen mit staatlichen Einrichtungen gestärkt werden.

3.8 SCHWEIZ

3.8.1 FÖRDERUNG LOKALER INFORMATIONSPLATTFORMEN

Das schweizerische Berufsausbildungssystem ist eines der erfolgreichsten in Europa, was unter anderem auf die hohe soziale Durchlässigkeit zurückzuführen ist. Sowohl Berufseinsteigern als auch Quereinsteigern stehen viele Wege offen, die es ihnen ermöglichen, ihre Ziele zu erreichen.

In der Praxis stellen wir jedoch fest, dass je nach Alter und sozialem Hintergrund nicht jeder den gleichen Wissensstand mitbringt – trotz eines gut koordinierten Netzwerks zur Berufs- und Karriereberatung. Insbesondere das Wissen um regionale Bildungsangebote, Übergangsmöglichkeiten und Initiativen einzelner Schulen ist oft gering. Es besteht eindeutig die Notwendigkeit, den Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren der beruflichen Bildung weiter zu fördern.

WIE SOLLTEN LOKALE INFORMATIONSPLATTFORMEN IMPLEMENTIERT WERDEN?

Wir empfehlen, lokale Informationsplattformen zu schaffen oder zu unterstützen, die stärker als nationale Lösungen auf regionale Möglichkeiten und Spezialitäten eingehen können.

Um alle Interessengruppen auf den gleichen Wissensstand zu bringen, müssen verschiedene

Zugangspunkte auf Eltern, Kinder, Jugendliche und Arbeitgeber zugeschnitten und auch die Inhalte der Plattform angepasst werden.

Solche regionalen Plattformen sollten allen Akteuren der beruflichen Bildung direkt zugänglich sein, um wie in einem speziell für die Berufsausbildung konzipierten sozialen Netzwerk einen einfachen Informationsaustausch zu ermöglichen. Natürlich erfordert dies ein gewisses Maß an Community-Moderation, aber je niedriger die Hürden für einzelne Teilnehmer sind, desto breiter wird ein Projekt akzeptiert.

Hier kommen politische Entscheidungsträger ins Spiel, die lokale Projekte aktiv unterstützen und Innovationen in diesem Bereich fördern sollten.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Das Konzept der dezentralen Informationsnetzwerke lässt sich leicht auf andere Regionen übertragen. Als Voraussetzung müssen jedoch zunächst die lokalen Anforderungen geprüft werden. Es ist möglich, Erfahrungen aus bestehenden Projekten weiterzugeben.

3.8.2 SCHAFFUNG VON MEHR MÖGLICHKEITEN FÜR PRAKTIKA DURCH JOINT VENTURES

In Gesprächen mit jungen Menschen stellen wir immer wieder fest, dass sie aufgrund der Durchlässigkeit des Bildungssystems oft eine sehr ungenaue oder einseitige Vorstellung von ihrem Wunschberuf und den möglichen Karrierewegen haben, die sie anstreben können, wozu auch der Gang an eine Fachhochschule gehört. Frühe Praktika in einem einschlägigen Unternehmen helfen ihnen, sich ein besseres Bild von den einzelnen Tätigkeiten, den Anforderungen und dem Tagesablauf zu machen. In vielen Berufsfeldern ist die Verfügbarkeit von Praktikumsplätzen jedoch nicht garantiert. Gerade kleine Unternehmen sind oft nicht in der Lage, diese zusätzliche Arbeit zu leisten. Durch eine gemeinsame Strategie zwischen den Ausbildungsbetrieben, den Berufsschulen, den Kantonen und den Akteuren der lokalen Wirtschaft müssen neue

Angebote geschaffen werden, um die Betriebe zu entlasten.

WAS KANN IN UNSERER REGION GETAN WERDEN?

Wir schlagen vor, die Infrastruktur der Berufsschulen sowie das Wissen und die Erfahrung der Lehrer und der Fachkräfte aus den Betrieben zu nutzen, um gemeinsam mehrtägige Workshop-Angebote zu entwickeln. Diese können bewusst zu Zeiten angeboten werden, in denen die entsprechenden Werkstätten und Unterrichtsräume der Berufsschulen nicht genutzt werden, z. B. in den Ferien, an Wochenenden usw.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Das Konzept lässt sich relativ einfach auf andere Berufe übertragen, insbesondere auf das Handwerk. Zu diesem Zweck werden die Ergebnisse, Planungen, Beispiele und Erfahrungen veröffentlicht.

3.8.3 ANGEMESSENE REAKTION AUF MARKTVERÄNDERUNGEN IN DER HOCHSCHULBILDUNG

Die Schweizer Fachhochschulen haben die Aufgabe, die Studierenden durch ein praxisnahes Studium und anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung auf ihre berufliche Tätigkeit vorzubereiten.

Die Digitalisierung hat in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass sich eine Tendenz zur immer stärkeren Individualisierung entwickelt hat. Dies zeigt sich nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene, zum Beispiel durch die Ausdifferenzierung der Märkte hin zu personalisierten Produkten mit einer Zielgruppengröße bestehend aus nur einer Person, sondern auch auf sozialer Ebene durch den Wunsch, das berufliche und persönliche Leben nach den

eigenen Wünschen und Vorstellungen zu gestalten. Hinzu kommt, dass sich der Berufsmarkt durch die Digitalisierung sehr schnell verändert und immer mehr neue Fähigkeiten und Kompetenzen erfordert.

WIE SOLLTEN FACHHOCHSCHULEN AUF MARKTVERÄNDERUNGEN IN DER SCHWEIZ REAGIEREN?

Die Fachhochschulen sollten auf diese Veränderungen reagieren, indem sie ihr Studienangebot geordneter strukturieren und z. B. Interdisziplinarität fördern. Auf diese Weise sollten die Studierenden schon während des Studiums ein individuelles Profil aufbauen können, das sie auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig macht.

Berufsbegleitende Bachelor-Studiengänge sind an Schweizer Hochschulen noch eine Seltenheit und beschränken sich meist auf den technischen Bereich. Eine Ausweitung auf weitere Bereiche würde es mehr Studierenden ermöglichen, ihr Studium und gleichzeitig eine Arbeitstätigkeit zu verfolgen. Die Studierenden können das im Studium Gelernte am Arbeitsplatz anwenden und umgekehrt. In diesem Zusammenhang müssen wir auch die Präsenzkultur überdenken und Präsenz nur dann zur Pflicht machen, wenn sie einen Mehrwert bietet. Dazu müssen wir entsprechende Unterrichtsformate und neue Bedingungen schaffen.

Hier sind die Fachhochschulen und die Politik aufgefordert, Innovationen im Bildungsbereich im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung frühzeitig zu fördern und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Aufgrund unserer globalisierten Märkte finden diese Marktveränderungen in vielen Ländern gleichzeitig statt und sind daher für Fachhochschulen in allen Partnerregionen relevant.

4 INTERNATIONALE RICHTLINIEN- VORSCHLÄGE

In einer globalisierten Welt mit fließenden Grenzen auf den Arbeitsmärkten gibt es dementsprechend auch übergreifende gemeinsame Veränderungsbedarfe in der Bildung. Um die Durchlässigkeit im gesamten Alpenraum zu verbessern, wurden zusätzliche transnationale Richtlinienvorschläge entwickelt, die im Folgenden vorgestellt werden.

4.1 KOOPERATIONEN MIT NACHBARLÄNDERN IM AUS- BILDUNGSSYSTEM AUSBAUEN UND FÖRDERN

Die Erweiterung von beruflichen und persönlichen Kompetenzen über Ländergrenzen und Regionen hinaus bringt neue Chancen und Karrieremöglichkeiten für die Zukunft, erhöht die Ausbildungsqualität und das Ansehen der dualen Ausbildung. Gemeinsame Kooperationen über Grenzen hinaus fördern die Entwicklung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes.

WAS KANN AUF INTERNATIONALER EBENE GE- TAN WERDEN?

Auszubildende arbeiten im Rahmen ihrer Ausbildung einige Wochen in einem Unternehmen eines Nachbarlandes, um dort ihre beruflichen und persönlichen Kompetenzen zu erweitern und neue fachliche Kenntnisse und Fertigkeiten zu gewinnen. Gleichzeitig lernen sie, in einer neuen Umgebung zurecht zu kommen und ihr Leben selbst zu organisieren.

Gutes Beispiel mehr nutzen: Austauschprogramm „Xchange“

Um mehr Kooperationen über die Grenzen hinaus und die Entwicklung eines gemeinsamen

Arbeitsmarktes zu fördern, wird von den Regierungen der Länder der Internationalen Bodenseekonferenz und der Arge Alp das Austauschprogramm „Xchange“ erfolgreich umgesetzt.
<https://www.xchange-info.net>

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERRE- GIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Alle Alpenländer und -regionen sollen sich um länderübergreifende Kooperationen mit KMUs bemühen und Vereinbarungen treffen, um einen Austausch von Auszubildenden zu ermöglichen. Die gesetzlichen Grundlagen erfolgen durch nationales Recht und Kooperation bzw. Angleichung der jeweiligen rechtlichen Bedingungen, besonders im Arbeitsrecht der Partnerländer. Wichtig dabei ist, dass hinderliche Differenzen in Verordnungen und Recht pragmatisch und rasch beseitigt werden.

4.2 INTERAKTIVE TOOLBOX ZUR ENTWICKLUNG EUROPÄI- SCHER BILDUNGSWEGE

Ein wesentliches Hindernis für die Durchlässigkeit ist die Komplexität der Bildungssysteme. Dies gilt oft schon auf nationaler Ebene; auf internationaler Ebene nimmt die Komplexität entsprechend zu. Diese Komplexität führt dazu, dass Bildungswege nicht beschränkt werden, weil sie entweder nicht bekannt sind oder zu wenig Informationen über sie zur Verfügung stehen. Besonders bedauerlich ist es, wenn die Möglichkeiten zwar vorhanden sind, aber nicht genutzt werden, weil sie der Zielgruppe einfach nicht bekannt sind.

WIE KÖNNEN DIE RELEVANTEN INFORMATIONEN FÜR EINE INTERNATIONALE ZIELGRUPPE ANGEMESSEN BEREITGESTELLT WERDEN?

Um transnationale Bildungswege in der EU zu erleichtern, sollte ein zentrales Online-Informationstool geschaffen werden. Dieses Tool könnte wie eine Toolbox für Bildungswege funktionieren. Der Interessent wählt seine höchste Qualifikation aus und das Tool zeigt entsprechend an, welche Bildungsmöglichkeiten in den EU-Ländern möglich sind. Im Anschluss kann eine Option ausgewählt werden und das Tool zeigt an, wie diese Option weiter verfolgt werden kann. Das Tool sollte auch alle Informationen zum Bewerbungsprozess und den Zulassungsvoraussetzungen für die einzelnen Optionen enthalten und durchgehend auf dem neuesten Stand gehalten werden. Darüber hinaus wären Erfahrungsberichte oder Informations- und Werbevideos zu den einzelnen Bildungsprogrammen eine

Bereicherung für eine solche Toolbox. Auf diese Weise können individuell zugeschnittene transnationale Bildungswege entworfen und besprochen werden. Damit könnten transnationale Bildungsläufe entstehen, wie sie bereits von geförderten Bildungsprogrammen wie Xchange oder Erasmus gefördert werden.

WIE KANN DIESES WISSEN IN DEN PARTNERREGIONEN ANGEWENDET WERDEN?

Eine solche Online-Toolbox für Bildungswege kann auch die Wahl eines Bildungsweges auf nationaler Ebene vereinfachen. In Bayern gibt es bereits ein vergleichbares, aber sehr einfaches Tool: <https://www.mein-bildungsweg.de/index.html>

5 REFERENZEN

[1] **Petanovic, Alexander; Schmid, Kurt (ibw):**
<https://www.alpine-space.eu/projects/dual-plus/pdfs/results/report-permeability.pdf>



Interreg Alpine Space DuALPlus

European Regional Development Fund



www.alpine-space.eu/dualplus



édhéal



Dieses Projekt wird vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
über das Programm Interreg Alpine Space kofinanziert